

KfW-Research.

Nr. 10, Oktober 2003.



Wirtschafts-Observer.

Seite 2: Warum manche Gründungen nicht zustande kommen.

Seite 10: Studienfinanzierung im Wandel.

# WARUM MANCHE GRÜNDUNGEN NICHT ZUSTANDE KOMMEN

## UNTERNEHMER IM GRÜNDUNGSPROZESS: ZWISCHEN REALISIERUNG UND AUFGABE DES GRÜNDUNGSVORHABENS

In den aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen in Deutschland spielen Existenzgründungen eine wichtige Rolle. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Lage und der Situation am Arbeitsmarkt rücken gerade auch kleine Gründungen in den Blick, wie z. B. in der Mittelstandsoffensive des Bundeswirtschaftsministers („pro mittelstand“). Damit wird es noch wichtiger, Existenzgründungen in Deutschland auch statistisch zu verfolgen, um Wirtschaftspolitik auf das Fundament einer verlässlichen Datengrundlage zu stellen. Mit ihrem Gründungsmonitor möchte die KfW Informationen zu Existenzgründungen zur Verfügung stellen, die die amtliche Statistik ergänzen. Neben der Erfassung der Gründungsaktivitäten ist dabei für wirtschaftspolitische Entscheidungen relevant, wie groß das Potenzial an Personen ist, die eine Gründung beabsichtigen. Daher fragt der KfW-Gründungsmonitor auch nach Gründungsplänen und erhebt so das Gründerpotenzial.

Bei der Untersuchung des Gründerpotenzials stellt sich die Frage, wie viele der Planer ihre Absichten realisieren. Und wie viele von ihnen geben ihre Idee auf oder verschieben ihr Vorhaben? Was hindert die Abbrecher, ihre Gründungsabsicht zu verwirklichen? Welche Probleme und Barrieren stehen im Weg – nicht nur den Abbrechern, sondern auch denjenigen, die tatsächlich gründen? Welche Informationsquellen und Beratungsangebote werden während des Gründungsprozesses genutzt?

Antworten auf diese Fragen möchte der vorliegende Beitrag auf der Basis des KfW-Gründungsmonitors geben. Dazu werden nach einer kurzen Beschreibung des Instrumentes die Ergebnisse der Folgebefragung aus dem Jahr 2003 zur Umsetzung von Gründungsabsichten vorgestellt (Follow-up-Studie). Im Anschluss folgen die Resultate einer qualitativen Untersuchung zu Abbruchgründen, die anhand der Follow-up-Befragung quantitativ überprüft wurden.

## DER KfW-GRÜNDUNGSMONITOR ALS INSTRUMENT DER GRÜNDUNGSFORSCHUNG

Der KfW-Gründungsmonitor ist eine bevölkerungsrepräsentative Studie, mit der die KfW seit dem Jahr 2000 jährlich die Anteile von Voll- und Nebenerwerbsgründungen in Deutschland erhebt (vgl. Grafik 1).<sup>1</sup>

### Grafik 1: Bisher durchgeführte Studien des KfW-Gründungsmonitors

Herbst 2003	KfW-Gründungsmonitor 2003
Februar 2003	Follow-up-Befragung zum KfW-Gründungsmonitor 2002
April - Juli 2002	KfW-Gründungsmonitor 2002
Mai - Juli 2001	KfW-Gründungsmonitor 2001
April 2001	Follow-up-Befragung zum KfW-Gründungsmonitor 2000
Aug. - Okt. 2000	KfW-Gründungsmonitor 2000

<sup>1</sup>Der Gründungsmonitor wurde zu Zeiten der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) entwickelt und bis zum Jahr 2003 unter dem Namen DtA-Gründungsmonitor veröffentlicht. Seit der Fusion von DtA und KfW wird dieses Instrument im Rahmen der KfW Bankengruppe als KfW-Gründungsmonitor fortgeführt.

Um das gesamte Spektrum von Gründungen in Deutschland zu erfassen, liegt dem KfW-Gründungsmonitor ein sehr breiter Gründungsbegriff zugrunde, der über die traditionellen Definitionen anhand Registereintragungen etc. hinaus geht und auf der Selbsteinordnung der Befragten beruht. In die Gründungsquote gehen daher Gründerinnen und Gründer ein, die in anderen Datenquellen z. T. nicht enthalten sind, z. B. Selbstständige im Nebenerwerb, in den Freien Berufen oder ohne Meldung bei einer offiziellen Stelle.

Zusätzlich erfasst der KfW-Gründungsmonitor Gründungsplaner, die sich in den nächsten sechs Monaten selbstständig machen wollen. Ein halbes Jahr später werden diese Planer in einer Follow-up-Studie befragt, inwieweit sie ihr Vorhaben realisiert haben bzw. welche Probleme der Gründung im Weg standen. Im Jahr 2003 nahmen 300 Gründungsplaner an dieser Folgebefragung teil.

## REALISIERUNG VON GRÜNDUNGSVORHABEN

Alle Befragten der Follow-up-Studie hatten sechs Monate zuvor geplant, innerhalb eines halben Jahres eine Existenz zu gründen. Trotzdem haben nach den Ergebnissen der Studie nur 29 % ihre Gründung realisiert. Weitere 21 % befinden sich noch in der Gründungsphase, 32 % haben ihre Gründung verschoben und 18 % haben sie aufgegeben. Insgesamt befindet sich also eine Hälfte der Planer in der Realisierung (realisiert und in Gründungsphase), die andere Hälfte hat ihre Gründung (bisher) nicht realisiert (verschoben oder aufgegeben).

Vor dem Hintergrund dieser Resultate stellt sich die Frage, aus welchen Gründen manche Unternehmer ihr Gründungsvorhaben aufgeben, während andere ihr Vorhaben planmäßig in die Tat umsetzen. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zeigen, dass bei den Gründen für einen Abbruch eindeutig die schlechte konjunkturelle Lage an erster Stelle steht: ein Viertel der Abbrecher nennen dies als Grund für die Beendigung ihrer Pläne. Als weitere Gründe, die letztendlich zur Aufgabe des Vorhabens geführt haben, geben die Befragten die schlechten Erfolgsaussichten auf Grund mangelnder Nachfrage für das eigene Geschäftskonzept (20 %) und den Nichterhalt notwendiger Finanzierungen (20 %) an.<sup>2</sup>

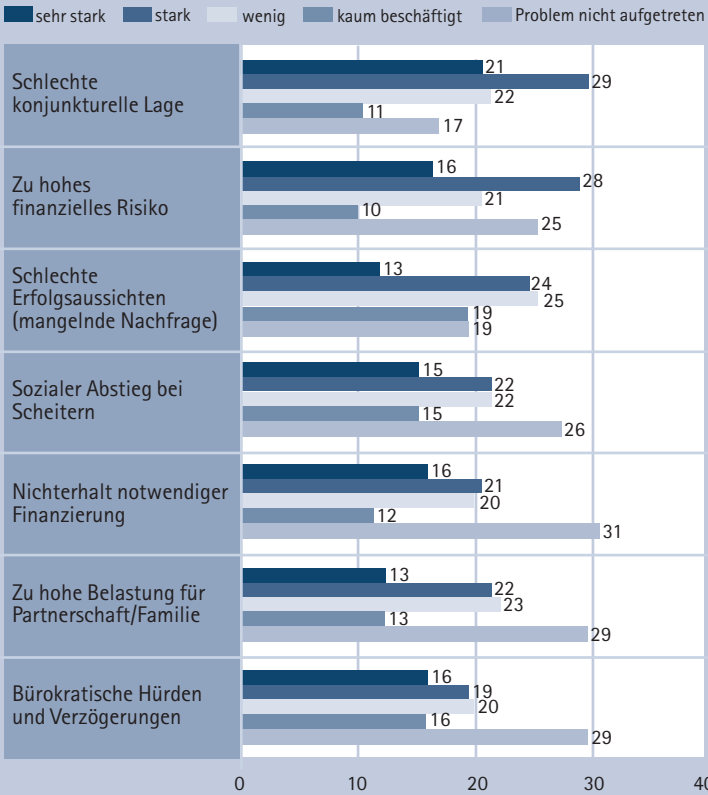
Auch für die Zeit der Planung bzw. Umsetzung der Existenzgründung wird die schlechte konjunkturelle Lage als Hauptproblem genannt. An zweiter bzw. dritter Stelle des Rankings der Gründungsbarrieren stehen bei den angehenden Unternehmern das hohe finanzielle Risiko sowie die schlechten Erfolgsaussichten auf Grund mangelnder Nachfrage für die geplante Geschäftsidee.

Bei der Planung einer Gründung und für die Entscheidung, ob das Vorhaben umgesetzt wird, spielen Information und Beratung eine wichtige Rolle. Welche Informationsquellen und Beratungsangebote sind also während des Gründungsprozesses konsultiert worden? Die am häufigsten genutzten Informations- und Beratungsquellen für Planer sind Freunde, Verwandte und Kollegen (79 % der Befragten). Danach folgen Zeitungen

<sup>2</sup>Mehrfachnennungen waren möglich.

## Graphik 2: Probleme bei der Existenzgründung (Auszug der häufigsten Nennungen)

in Prozent



Basis: n=300 Planer; absteigendes Ranking nach Mittelwerten  
© KfW-Gründungsmonitor (früher DtA-Gründungsmonitor)

und Zeitschriften (55 %), das Internet (48 %) sowie Steuer- und Unternehmensberater (42 %). Zu einer dritten Gruppe lassen sich IHK/HWK (35 %), das Arbeitsamt (35 %), andere Selbstständige (34 %) und Hausbanken (28 %) zusammen fassen.

Von zentraler Bedeutung bei der Frage nach Informations- und Beratungsquellen ist die Beurteilung der Beratungsqualität. Steuer- und Unternehmensberater werden hier am positivsten beurteilt: 89 % der Planer geben an, sehr gut oder gut beraten worden zu sein. Ähnlich gut schneiden mit 84 % andere Selbstständige ab. Am negativsten fiel die Bewertung für Hausbanken (47 % weniger gut oder schlecht beraten) und Arbeitsämter (50 %) aus.

## DETERMINANTEN DES GRÜNDUNGSABBRUCHS

Die Untersuchung an großen Stichproben – bei der letzten Befragung des Gründungsmonitors wurden mehr als 40.000 Personen interviewt – lässt aus forschungsökonomischen Gründen nur eine begrenzte Anzahl von Fragen in standardisierter Form zu. Die Befragten haben daher nur wenig Möglichkeit für tiefer gehende Erläuterungen an den Interviewer.

Dabei stellte sich heraus, dass die Erwerbssituation vor Planung der Gründung einen signifikanten Zusammenhang mit Umsetzung bzw. Abbruch der Gründung aufweist: Gründungen aus der Arbeitslosigkeit werden eher wieder abgebrochen als Gründungen aus abhängiger Beschäftigung. Ein weiterer wichtiger Faktor beim Abbruch einer Gründung ist die

Angst vor dem sozialen Abstieg. Die qualitative Untersuchung konnte außerdem zeigen, dass sich Abbrecher und Gründer hinsichtlich wichtiger Persönlichkeitsfaktoren wie Risikobereitschaft und Unabhängigkeitsstreben nicht voneinander unterscheiden. Beratungsangebote werden von beiden Gruppen als wenig hilfreich empfunden, das gilt allerdings nicht für die Informationen von Steuerberatern und anderen Selbstständigen.

#### FAZIT

Zusammenfassend lässt sich fest halten, dass in der Studie eine Fülle von wahrgenommenen Barrieren für die Realisierung einer geplanten Gründung identifiziert wurden: vor allem die schlechte konjunkturelle Lage, fehlende Nachfrage für das eigene Geschäftskonzept, aber nicht zuletzt auch Probleme mit der Finanzierung. An dieser Stelle setzt die Förderpolitik der KfW Mittelstandsbank an mit dem Ziel, die Unterstützung von erfolgreichen Gründungsvorhaben weiter zu verbessern. Diese Förderung zielt auch auf eine Verringerung der Abbruchrate von Gründungsvorhaben, da gerade die mangelnde Verfügbarkeit von Finanzierungsmöglichkeiten einen wichtigen Grund für die Aufgabe des Gründungsplans darstellt.

Daneben wurde in der Untersuchung deutlich, dass zum einen eine Vielzahl verschiedener Informations- und Beratungsquellen von den Planern genutzt wird. Zum anderen zeigte sich, dass die verschiedenen Instanzen bei der Frage der Qualität sehr unterschiedlich beurteilt werden:



Besonders die im Vergleich relativ schlechten Bewertungen für Kammern und Banken geben Anlass darüber nachzudenken, an welchen Stellen die Erwartungen der Planer vom vorhandenen Leistungsangebot abweichen und inwieweit man durch eine verstärkte Kommunikation über das tatsächlich vorhandene Leistungsangebot oder aber durch eine veränderte Beratung eine verbesserte Wertung erzielen kann.

Autoren: Christian Bahß, Dr. Nicole Lehnert, Nicola Reents

## BEDEUTUNG VON BILDUNG

Der Faktor Arbeit und seine Qualifikation ist für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland von zentraler Bedeutung. Ohne qualifiziertes Humankapital hat eine Volkswirtschaft bei der technologieintensiven Produktion von Gütern und Dienstleistungen deutliche Nachteile im Wettbewerb und beim Innovationspotenzial.

Bildungsinvestitionen erwirtschaften jedoch nicht nur eine gesamtwirtschaftliche, sondern auch eine individuelle Rendite. Laut einer OECD-Untersuchung liegt die individuelle Bildungsrendite bei Investitionen in ein Hochschulstudium im OECD-Durchschnitt bei rund 11 %. Zudem sinkt mit steigender Bildung die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden.

Von mehr Bildung profitieren also sowohl die Gesellschaft als Ganzes als auch das Individuum.

## ANGEBOT AN STUDIENFINANZIERUNG

Eine Reihe von OECD-Ländern ist daher in den letzten 15 Jahren dazu übergegangen, einen Teil der Kosten der tertiären Ausbildung vom Staat bzw. dem Steuerzahler auf die Studierenden zu übertragen. Der Finanzierungsbedarf der Universitäten konnte nicht mehr allein aus Steuermitteln gedeckt werden.

Diesen Weg haben unter anderem die Niederlande, Österreich, Großbritannien und Neuseeland gewählt. Durch die Einführung von Studien-

gebühren erhöht sich allerdings der finanzielle Bedarf der Studierenden. Da der Zugang zum Studium nicht vom Einkommen und dem Vermögen der Studierenden oder deren Eltern abhängen soll, werden in diesen Ländern flankierend Bildungskredite angeboten, die erst nach Beendigung des Studiums zurückgezahlt werden müssen. Diese Kredite decken in der Regel die Studiengebühren und die Unterhaltskosten ab. Während der Studienzzeit entsteht den Studierenden also kein finanzieller Aufwand, sondern erst nach – erfolgreicher – Beendigung des Studiums.

Ein Blick in die Länder mit einem Studienkreditsystem zeigt jedoch, dass Studienkredite in der Regel nicht von privater, sondern von staatlicher Seite angeboten werden. Der Grund für die mangelnde private Bereitstellung liegt in einem Kapitalmarktversagen. Der Kreditgeber ist unvollkommen informiert über die Fähigkeiten des Studierenden und es besteht Unsicherheit über das zukünftige Einkommen des Absolventen. Darüber hinaus kann der Studierende in der Regel keine Sicherheiten stellen. Der Kreditgeber wird demnach einen hohen Risikoaufschlag kalkulieren müssen. Ein weiteres Problem ist die Selektion durch die Kreditgeber. Da verschiedene Studienrichtungen mit unterschiedlich hohen Ertragsersparungen verbunden sind, laufen Studierende aus Fachrichtungen mit weniger guten Berufsaussichten Gefahr, keinen Kredit zu erhalten. Um ein „Aussterben“ bestimmter Fachrichtungen zu verhindern, ist ein staatlicher Eingriff in die Studienfinanzierung notwendig.

## BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN DES STAATES

In den betrachteten Ländern Australien, Großbritannien, Neuseeland, Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark, USA und Deutschland beteiligt sich der Staat folgendermaßen:

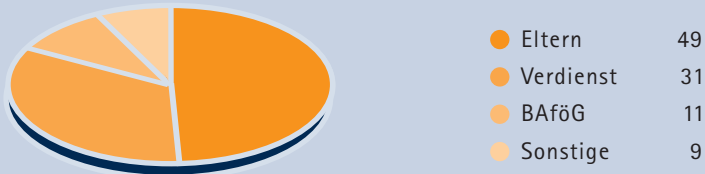
1. Der Staat übernimmt die Ausfallrisiken von Studienkrediten, zum Beispiel durch Bereitstellung einer Bürgschaft gegenüber Banken. Der Zinssatz für die Studierenden ist dann günstiger.
2. Die Zinsen werden direkt subventioniert; im Extremfall kann der Zinssatz 0 % betragen.
3. Der Staat übernimmt die administrativen Kosten der Studienfinanzierung, indem er den Vertrieb und die Verwaltung organisiert.
4. Der Staat refinanziert die Studienkredite günstig.

## HEUTIGE STUDIENFINANZIERUNG IN DEUTSCHLAND

Studierende in Deutschland finanzieren sich hauptsächlich über ihre Eltern. Wie sich das Einkommen eines Studierenden im Durchschnitt zusammensetzt zeigt Grafik 1.

Von staatlicher Seite werden in Deutschland BAföG und Bildungskredit zur Finanzierung des Studiums angeboten. Bei beiden Finanzierungsprodukten übernimmt der Bund in voller Höhe die Ausfallrisiken. Der Vertrieb und die Verwaltung erfolgen rein durch öffentliche Institutionen: Ämter für Ausbildungsförderung, Bundesverwaltungsamt und KfW.

**Grafik 1: Probleme Zusammensetzung des Einkommens** in Prozent



(Quelle: 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks DSW)

Nur etwa 23 % der Studierenden in Deutschland erhalten BAföG. Dagegen sind laut Deutschem Studentenwerk 67 % der Studierenden durchschnittlich 14 Stunden pro Woche neben ihrem Studium erwerbstätig. Gut die Hälfte der jobbenden Studierenden gibt an, dass sich das Studium durch ihre Erwerbstätigkeit verlängern wird. Die Studierenden stehen also dem Arbeitsmarkt erst verspätet zur Verfügung. Vergleiche mit dem Ausland zeigen, dass die Studienzeit in Deutschland überdurchschnittlich lang ist. Die durchschnittliche Studiendauer beträgt in Deutschland 6 Jahre, in Frankreich dagegen 5,5, in den Niederlanden 3,9 Jahre. Spitzenreiter ist Österreich mit 7,4 Jahren.

Nach der 16. Sozialerhebung des DSW erhält nur 1 % der Studierenden ein Darlehen einer Bank oder von Dritten. Aber etwa 20 % der neben ihrem Studium erwerbstätigen Studierenden geben an, dass „ein zinsgünstiges

Darlehen zur Finanzierung ... (ihres) Studiums hilfreich" sei.

Ein solcher Kredit, der nach dem Studium zurückgezahlt werden muss, würde es den Studierenden erlauben, sich auf das Studium zu konzentrieren. Die Studienzeit würde verkürzt und die Studierenden ständen dem Arbeitsmarkt früher zur Verfügung. Auch ohne Studiengebühren besteht demnach ein zusätzlicher Bedarf an Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Inanspruchnahme eines (marktkonformen) Kredits durch die Studierenden hätte auch zur Folge, dass aus Sicht der Universitäten die Nachfrager ihrer Leistungen stärkeren Einfluss gewinnen. Die Studierenden stellten höhere Anforderungen an die Qualität und das Leistungsangebot der Hochschulen, weil sie für ihre Verschuldung ein Äquivalent einfordern würden. Diesem Druck müssten sich die Hochschulen anpassen.

### MÖGLICHE AUSGESTALTUNG VON STUDIENKREDITEN

Wie könnte vor dem Hintergrund der in vielen Ländern bereits gemachten Erfahrungen ein „ideales“ Studienkreditsystem aussehen? Folgende drei Elemente kristallisieren sich als konstitutiv für ein marktkonformes Studienkreditsystem heraus.

- Die Kredite sollten unabhängig vom Einkommen und vom Vermögen der Studierenden oder deren Eltern gewährt werden. Dies stärkt die Unabhängigkeit der Studierenden von ihren Eltern.
- Die Zinssätze sollten nicht oder zumindest nicht stark subventioniert

werden. Durch eine Subvention werden Arbitragegeschäfte möglich: Studierende, die eigentlich nicht auf den Kredit angewiesen sind, nehmen den Kredit zu subventionierten Zinsen auf, legen ihn bei einer Bank zu marktüblichen Zinsen an und realisieren einen Gewinn. Solche Mitnahmeeffekte werden insbesondere in England und Neuseeland beobachtet. Zinssubventionen können darüber hinaus in Abhängigkeit von ihrer Höhe für den Staat sehr teuer werden.

- Die Rückzahlung sollte einkommensabhängig erfolgen. Dies kann zum einen über einen individuellen Tilgungsplan mit der Bank erfolgen; zum anderen über den Einzug eines Prozentsatzes (z. B. 3 bis 8 %) des Gehalts beim Finanzamt oder etwa dem Arbeitgeber. Außerdem ist eine Regelung für Zeiten zu treffen, in denen die Absolventen ein geringes oder kein Einkommen erzielen, z. B. Rückzahlung erst ab einem Jahreseinkommen von 10.000 EUR.

## AUSBLICK

Die Erfahrungen aus verschiedenen OECD-Ländern zeigen, dass Studienkredite ein effizientes Element der Studienfinanzierung darstellen. Sie erscheinen bei entsprechender Ausgestaltung durchaus geeignet, das bereits existierende Spektrum an Finanzierungsmöglichkeiten der Studierenden in Deutschland sinnvoll zu ergänzen. Solche Kreditsysteme können darüber hinaus auch zur Finanzierung der beruflichen Aus- und Fortbildung dienen.

Autorin: Anja Schmidt-Boch

## Zusagezahlen (in Mio EUR)

	2002	2002 1.1. – 31.08.	2003 1.1. – 31.08.
Investitionsförderung in Deutschland	52.280	34.812	36.382
u. a. in den Bereichen			
Förderkredite Deutschland	27.045	18.297	22.812
- KfW-Mittelstandsbank	9.044	6.597	6.387
darunter Globaldarlehen	1.300	1.000	1.500
- KfW-Förderbank	18.001	11.700	16.425
Umweltschutz/Erneuerbare Energien	3.661	2.162	2.525
Wohnungswirtschaft	10.346	7.234	10.810
darunter Globaldarlehen	1.410	1.300	3.720
Kommunale Infrastruktur	3.281	1.855	2.587
Bildung	713	449	503
Projektfinanzierung im Inland	4.226	2.609	4.236
Garantien und Verbriefung	21.019	14.671	8.651
Investitionsförderung im Ausland	1.115	541	1.236
Export- und Projektfinanzierung	6.139	4.069	3.775
Förderungen d. Entwicklungsländer (Zus. insg.)	1.291	706	839
<b>Gesamtes Fördervolumen</b>	<b>60.865</b>	<b>40.954</b>	<b>42.231</b>

**KfW**  
**Abteilung Volkswirtschaft**  
**Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main**

**Pressestelle**  
**Tel. 069 7431- 4400, Fax 069 7431- 3266**

**Informationszentrum**  
**Tel. 0180 1 335577, Fax 069 7431-64355**  
**E-mail: [iz@kfw.de](mailto:iz@kfw.de), [www.kfw.de](http://www.kfw.de)**